



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 29.02.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 7. März 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 25.01.2024

Bereich Kultur

2. Aktueller Sachstand Staatstheater

2.1 23-F-63-0135

Vertragsüberprüfung Staatstheater

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.11.2023 -

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:
Der Magistrat wolle beschließen:

1. Die derzeitigen Verträge zum Betriebskostenzuschuss, sowie für die Sinfoniekonzerte des Staatstheaters, im Hinblick auf eine faire Kostenaufteilung zu prüfen.
2. Das Land zu einer höheren finanziellen Beteiligung bei der Staatstheater Finanzierung aufzufordern.
3. In der Frage der Theaterfinanzierung und der daraus folgenden finanziellen Herausforderungen für den kommunalen Kulturhaushalt das Gespräch mit den weiteren Sitzstädten (Darmstadt und Kassel) der beiden anderen Hessischen Staatstheater zu suchen.

3. 24-F-10-0004

Leitbild der Volkshochschule

-Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 08.02.2024-

Begründung:

Volkshochschulen sind für alle Menschen da, unabhängig von ihrer politischen Orientierung. Aus dem öffentlichen Auftrag der Volkshochschulen erwächst daher auch der Anspruch - festgehalten in den meisten Leitbildern deutscher Volkshochschulen - innerhalb des Spektrums demokratischer Positionen ein parteipolitisch und weltanschaulich neutraler Ort in der Kommune zu sein. Im Leitbild der Wiesbadener Volkshochschule sucht man ein solches Bekenntnis leider vergeblich. Stattdessen engagiert sich die VHS Wiesbaden unter Mitgliedsstatus im sogenannten „Bündnis für Demokratie“, das gegen eine demokratisch legitimierte Partei agiert und agitiert, indem es offen zu Demonstrationen gegen diese aufruft. Dies läuft dem Neutralitätsgrundsatz zuwider und grenzt Personen mit entsprechender politischer Orientierung aus. Das Merkmal der Kommunalität unterscheidet Volkshochschulen von anderen Weiterbildungseinrichtungen. Selbst solche Volkshochschulen, die formal kein Teil kommunaler Verwaltung sind - beispielsweise Einrichtungen, die rechtlich als Vereine agieren, wie dies bei der Wiesbadener Volkshochschule der Fall ist, sind durch die Entscheidungsmacht der Kommune in ihren Ver-einsorganen oftmals als „quasi-kommunal“ zu bewerten. Die VHS Wiesbaden ist also sowohl organisatorisch als auch finanziell in die kommunale Verwaltung eingebunden. Hieraus leitet sich die Einwirkungsmöglichkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden auf die Volkshochschule ab.

Antrag:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadt Wiesbaden, die laut VHS-Website der Hauptsponsor der Wiesbadener Volkshochschule ist, soll ihren Einfluss auf die VHS dahingehend geltend machen, dass ein Bekenntnis zu politischer und weltanschaulicher Neutralität in die Leitlinien aufgenommen wird. Zudem soll die Landeshauptstadt Wiesbaden die VHS Wiesbaden dazu auffordern, ihre Mitgliedschaft im sogenannten „Bündnis für Demokratie“ zu beenden.

Bereich Schule

4. 24-F-63-0011

„Starke Heimat Hessen“

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024-

Die Verwaltungsaufgaben von Schulleitungen haben enorm zugenommen, die Zeit für originäre Schulleitungsaufgaben, wie Schulentwicklungen und pädagogische Beratung wird immer weniger. Im vorletzten Koalitionsvertrag hat die hessische Landesregierung den hessischen Schulen 700 Verwaltungsfachkräfte zur Unterstützung der Schulleitungen zugesagt. Diese Stellen wurden nur vereinzelt geschaffen. Im Rahmen des Landesprogramms „Starke Heimat Hessen“ wurden den Schulträgern finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um diese Stellen zu besetzen.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. In welcher Höhe sind der LH Wiesbaden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden?
2. Wie viele Stellen können daraus an den Wiesbadener Schulen geschaffen werden?
3. Nach welchen Kriterien wurden die zur Verfügung stehenden Stellen an die Wiesbadener Schulen verteilt?
4. Wie viele dieser neu zu schaffenden Stellen sind zurzeit an den Wiesbadener Schulen besetzt?
5. Wie viel Prozent der zur Verfügung stehenden Stunden sind durch Verwaltungsfachangestellte besetzt worden?
6. Nach welchen Kriterien fand die Einstufung in die entsprechenden Tarifgruppen ein?
7. Sind inzwischen alle Stellen auch ausgeschrieben worden?

5. 24-V-03-0001

DL 07/24-5

Schulentwicklungsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden für die allgemeinbildenden Schulen - Fortschreibung 2022 - 2026; Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 4. Oktober 2023

6. 23-J-42-0017

Einführung verpflichtender Digitalkonzepte an Wiesbadener Schulen
- Antrag von Hendrik Schücke vom 13.12.2023 -

An vielen Schulen ist das Vorantreiben der Digitalisierung noch immer eine Herausforderung. Gemeinsam in Gesprächen mit dem Stadtschüler:innenrat Wiesbaden haben wir festgestellt, wie enorm wichtig ein verpflichtendes Digitalkonzept für Schulen in Wiesbaden ist und welche Herausforderungen dabei angegangen werden müssen.

Die fortschreitende Digitalisierung an Schulen, verstärkt durch das 1:1-Projekt in Wiesbaden, hat zu einer vermehrten Nutzung digitaler Endgeräte geführt. Mit dieser Entwicklung sind jedoch auch Herausforderungen verbunden, insbesondere im Hinblick auf technische sowie organisatorische Probleme, den Missbrauch von Digitalgeräten und deren Software, die fehlende Einbindung von digitalen Endgeräten an Schulen sowie das Fehlen von Ansprechpartner*innen für Lehrkräfte und Schüler*innen. Um diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen und die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen, schlagen wir vor, verpflichtende Digitalkonzepte an Wiesbadener Schulen zu etablieren. Diese Konzepte

sollen klare Richtlinien für den Umgang mit digitalen Endgeräten, der digitalen Infrastruktur sowie den auftretenden Problematiken festlegen.

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen,

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

Verpflichtende Digitalkonzepte für Wiesbadener Schulen zu beschließen, indem folgende Punkte geregelt sein müssen:

Verbindliche/r Ansprechpartner*in für Digitalangelegenheiten

Ausbau, Anwendung und Wartung der digitalen Infrastruktur

Einbindung von digitalen Endgeräten im Unterricht

Regelungen für den Kauf und die Einbringung von Software und Lizenzen

Umgang mit dem Missbrauch von Digitalgeräten und der damit verbundenen Software (bspw. Cybergrooming oder -mobbing, unerlaubtes Fotografieren etc.)

Die Einbringung des Konzeptes an Schulen zu überwachen, durchzuführen und dem Jugendparlament sowie dem Stadtschüler*innenrat Wiesbaden Bericht zu erstatten.

Bereich Städtepartnerschaften

7. Sachstand Städtepartnerschaften Ukraine und USA

8. Anfrage zur Begründung einer Städtepartnerschaft mit Cary, North Carolina

Hinweis: Das Schreiben von Herrn Oberbürgermeister Mende vom 22.01.2024 wurde bereits am 01.02.2024 per Mail an die Ausschussmitglieder verschickt.

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-V-40-0006

DL 07/24-1, 13/22-13

Kostenfreie Menstruationsprodukte an weiterführenden Schulen in Wiesbaden

2. 22-F-63-0124

Schüler*innenhaushalt

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 23.11.2022-
- Bericht des Dezernates III vom 12.01.2024 -

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung.

3. 23-F-63-0081

Öffnung von Schulhöfen der Stadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 21. Juni 2023-
- Bericht des Dezernates III vom 04.12.2024-

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung.

4. 23-F-63-0149

Schulstarterpaket

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.11.2023 -
- Bericht des Dezernats VI vom 07.02.2024-

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender